

Rede 2.6.2018

„Frieden geht“

Ruth Misselwitz

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich danke Euch, dass ich heute vor Euch sprechen darf.

Nach Meldung des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI wurde weltweit noch nie so viel Geld in Rüstung und Militär investiert: 1,74 Billionen Dollar!

Angesichts wachsender Spannungen auf der Welt wird derzeit so stark aufgerüstet wie seit dem Kalten Krieg nicht mehr. Auch Deutschland hat seine Rüstungsausgaben deutlich erhöht.

Diese Aufrüstungsspirale widerspricht jeglicher politischen Vernunft.

Krieg ist eines der schrecklichsten Übel, das sich Menschen antun!

Als langjährige Vorsitzende von Aktion Sühnezeichen, Friedensdienste habe ich in der Arbeit mit überlebenden Opfern des 2. Weltkrieges gelernt, dass das Leiden daran seine Spuren bis in die 3. Generation hinterließ.

Im menschlichen Gedächtnis bleiben Ängste und Gewalterfahrungen lange tief verankert.

Bis heute stoßen wir bei gewaltsamen Konflikten zwischen Ethnien und Völkern auf Ursachen, die Generationen zurückliegen können.

Zu den Gewinnern von Kriegen gehört nicht die Bevölkerung, sie zahlt – egal auf welcher Seite – vor allen anderen den Preis mit Menschenopfern und Heimatverlust.

Zu den Gewinnern gehören auf beiden Seiten diejenigen, die am Boom der Rüstungsindustrie verdienen.

Damit von Deutschland nicht wieder ein Krieg ausgehen kann, wurde es nach dem 2. Weltkrieg geteilt.

Als wir 1990 die Wiedervereinigung Deutschlands feierten, durften wir auf einen Prozess stolz sein, der einmalig in der europäischen Geschichte war.

Die Mauer, Sinnbild der Konfrontation zwischen zwei feindlichen Blöcken, die bis an die Zähne mit konventionellen und atomaren Waffen aufgerüstet waren, fiel ohne Gewalt und Blutvergießen.

Neben vielen Faktoren, die dabei eine Rolle spielten, war es der Wille auf beiden Seiten, keine Gewalt anzuwenden, war es die Praxis einer Entspannungspolitik, die das Konzept einer gemeinsamen Sicherheit entwickelte und vertrauensbildende Maßnahmen schuf,

und es waren die vielen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten in Ost und West.

Im August 1990 haben beide deutsche Staaten erklärt, dass sie „ihre vertragliche und einseitige Verpflichtung bekräftigen, nukleare, chemische und biologische Waffen nicht herzustellen, sie zu besitzen oder über sie zu verfügen“. Diese Verpflichtung war damals ein entscheidender Beitrag für die Völkergemeinschaft, der Einheit Deutschlands zuzustimmen.

Deutschland hat seine Glaubwürdigkeit beschädigt, als die Bundesregierung beschloss, an den Verhandlungen über einen Atomwaffensperrvertrag im Juli 2017 in New York nicht einmal teilzunehmen. Das nach außen immer mal wieder proklamierte deutsche Eintreten für atomare Abrüstung erweist sich als hohl. Glückwünsche der Bundesregierung für den Nobelpreis an ICAN wirken schal. Dabei ist Deutschland in besonderer Weise in die Atomwaffenfrage eingebunden.

In einem ökumenischen Aufruf vom Februar diesen Jahres fordern Christen und Christinnen, dass ein Atomwaffenverbot ins Grundgesetz aufgenommen wird.

„Wir sagen Nein zu Atomwaffen und zur atomaren Teilhabe Deutschlands.“

Wir lehnen die Politik der atomaren Teilhabe Deutschlands ab. Wir fordern den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland. Wir plädieren dafür, dass in unserem Grundgesetz ein

Atomwaffenverzicht aufgenommen wird. Wir werden in Zukunft keine Partei in Deutschland

wählen, die sich nicht für den Beitritt zu dem UN- Vertrag zum Verbot von Atomwaffen ernsthaft einsetzt.“ - heißt es da.

Trotz politischer Willenserklärungen, Waffen nicht in Krisengebiete zu liefern, gelangen in immer höherem Maße Rüstungsgüter aus Deutschland in Krisenregionen wie dem Nahen und Mittleren Osten, Saudi Arabien und auch in die Türkei.

Der grausame Krieg im Jemen wird somit auch mit deutschen Waffen geführt.

In dem Rüstungsexportbericht der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) für das Jahr 2017 heißt es:

In kaum einer anderen Weltregion wird so massiv aufgerüstet wie im Nahen Osten.

Ein Mehr an Waffen schafft jedoch keinen Gewinn an Sicherheit und Stabilität, sondern führt zur allgemeinen Verunsicherung potenzieller Konfliktparteien.

Die Forderungen an die Bundesregierung lauten: schärfere und durchsichtige

Rüstungsexportgesetze, keine Rüstungsexporte in Krisenregionen und an Empfänger, die sich systematischer Menschenrechtsverletzungen schuldig machen. Der Schutz von Leib und Leben sind höchste Rechtsgüter und universale Menschenrechte.

Liebe Freunde und Freundinnen,

Forderungen an Deutschland, mehr militärische Verantwortung in der Welt zu übernehmen auf Grund seiner wirtschaftlichen Potenz werden nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb von Deutschland immer lauter.

Das genaue Gegenteil aber ist notwendig: eine konsequente Politik der militärischen Nichteinmischung. Als ehrlicher Makler und Mediator, ohne militärische und geostrategische Eigeninteressen, könnte Deutschland eine Rolle einnehmen, wie es u.a. die Schweiz und Norwegen tun, die in zahlreichen Konflikten erfolgreich vermittelt haben.

Keine Erhöhung von Rüstungsausgaben, sondern mehr Geld für den Ausbau der Instrumente ziviler Krisenprävention – das ist der Weg zum Frieden in unserer Welt, das würde auch der besonderen geschichtlichen Verantwortung Deutschlands entsprechen, von dessen Boden 2 Weltkriege ausgingen.

Wir haben damals in der Friedensbewegung in der DDR von einem Symbol gelebt, das ca. 3000 Jahre alt ist: Das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“

Der Prophet Micha hatte eine Vision, die bis heute ihre Kraft ausstrahlt:

„Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sichel machen und kein Volk wird gegen das andere das Schwert erheben und sie werden in Zukunft nicht mehr lernen, Krieg zu führen.“

Das ist die Richtung, in die die Menschheit gehen soll.

Die Welt braucht nicht mehr Waffen – die Welt braucht mehr mutige Frauen und Männer, die es wagen, die Ursachen von Konflikten und Fluchtbewegungen zu beseitigen.

Ich danke Euch.